

Trumps trauriges Verdienst

Warum sich Europa endlich um eine nachhaltige und faire Handelspolitik kümmern muss, vor allem im Verhältnis zu Afrika

Reinhard Loske

Kaum jemand spricht in unseren Tagen so oft vom fairen Handel wie Donald Trump. Es ist vielfach beschrieben worden, dass die Chiffre „Fairer Handel“ für den derzeitigen US-Präsidenten Teil einer größeren Geschichte ist, die unter der Überschrift „America First“ präsentiert wird und nicht nur in den Verliererregionen der Vereinigten Staaten großen Anklang findet.

Ingredienzen der „Fair Trade“-Agenda des Präsidenten sind vor allem Attacken auf sämtliche in Kraft befindlichen oder geplanten multilateralen Handelsabkommen (von WTO bis Nafta, von TPP bis TTIP), auf europäische und vor allem deutsche Handelsüberschüsse sowie auf chinesische Dumpingpraktiken und Produktpiraterie. Mit einer Mischung aus Larmoyanz und Aggressivität wird immer wieder beklagt, vorausgegangene Präsidenten, allen voran Bill Clinton und Barack Obama, hätten in Handelsangelegenheiten nur schlechte Ergebnisse erzielt, sich zum Nachteil von US-Interessen anonymen multilateralen Regelungen unterworfen und so leichtfertig amerikanische Jobs und Industrien geopfert.

Die Tatsache, dass die Vereinigten Staaten selbst das Welthandelsregime ganz maßgeblich geprägt haben und ihre Liberalisierungsbestrebungen gerade im Dienstleistungssektor auch weitgehend durchsetzen konnten, bleibt schlicht unerwähnt, weil sie nicht zur postulierten Opferrolle passt.

Viel besser als multilaterale Regelwerke sind nach Trump bilaterale Handelsabkommen, bei denen die „Partner“ naturgemäß nicht annähernd die gleiche ökonomische Potenz und Verhandlungsmacht besitzen wie die Vereinigten Staaten. Entsprechend wurde bei der soeben vollzogenen Umwandlung des nordamerikanischen Freihandelsabkommens Nafta in das sogenannte USMCA-Abkommen verfahren.

Viel besser als eine einheitlich agierende EU, mit der man verlässliche Absprachen in Sachen Handel treffen kann, sei eine Zusammenarbeit (oder Konfrontation) mit einzelnen europäischen Staaten oder Staatengruppen. Entsprechend wird der Brexit begrüßt, der Streit zwischen austeritätskritischen Südländern und stabilitätsorientierten Nordländern erfreut zur Kenntnis genommen und der tiefer



Dr. Reinhard Loske

ist Professor für Politik, Nachhaltigkeit und Transformationsdynamik an der Universität Witten/Herdecke und Senior Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Zuvor war er u.a. Mitglied des Deutschen Bundestages (1998-2007) und Senator der Freien Hansestadt Bremen (2007-2011).

werdende Graben zwischen den migrationskritischen Staaten Mittel- und Osteuropa („Vise-grád-Gruppe“) und Deutschland mit Genugtuung verfolgt.

Viel besser als ein handelspolitischer Schmusekurs mit China, der doch nur zu einem eklatanten Leistungsbilanzdefizit der USA geführt habe, sei eine harte Konfrontation mit dem Reich der Mitte und die Einhegung seiner Weltmachtambition, die sich zunehmend auch auf das Feld der Technologieführerschaft erstreckte. Entsprechend wird das scharfe Schwert von Importzöllen und Handelssanktionen nun tatsächlich gezückt.

„Fair Trade“ ist nicht gleich „Fair Trade“

Es wird momentan viel darüber spekuliert, ob Donald Trumps „Fair Trade“-Agenda mit ihren protektionistischen und spalterischen Ausprägungen eher ein Indiz für Rückzug von der Weltbühne und Isolationismus ist oder eher der Versuch, die globale Dominanz der Vereinigten Staaten über das Ausspielen ökonomischer Stärke und das Gegeneinander-Ausspielen von Dritten („divide et impera“) auf Dauer sicherzustellen. Vielleicht sollte man aber an Trumps Politik im Allgemeinen und seine Handelspolitik im Besonderen den Maßstab der Kohärenz und Konsistenz gar nicht anlegen. Für ihn gehen offenbar Dinge zusammen, die eigentlich nicht zusammenpassen, so auch Neo-Nationalismus und Globalisierung, imperiales Gehabe und übertriebene Freundschaftsrhetorik. Hauptsache, sein Selbstbild als „Dealmaker“ wird bestätigt, mal so, mal so.

Nahezu prototypisch für Trumps Opportunismus ist seine feindliche Übernahme des Begriffs „Fairer Handel“. Dieser entstammt einem völlig anderen Wertekosmos als die neo-imperiale Handelsagenda des US-Präsidenten. Kernelemente der Ideenwelt des fairen Handels, die von solidaritäts- und nachhaltigkeitsorientierten sowie globalisierungskritischen Denkerinnen und Denkern geprägt ist, sind etwa faire Erzeugerpreise und Löhne, hohe Umwelt- und Arbeitsschutzstandards, Ressourcenschonung, Gemeinwohlorientierung, Transparenz in den Wertschöpfungsketten, Binnenmarktschutz und -entwicklung, Förde-

rung regionaler Ökonomien in den Ländern der Südhemisphäre.¹

Dieses Konzept eines fairen Handels, der seinen Namen wirklich verdient, ist nicht gegen den Multilateralismus an sich gerichtet, also gegen Regeln, die für alle gelten, ganz im Gegenteil. Es ist aber sehr wohl gegen die derzeitige Ausrichtung der Welthandelspolitik von WTO & Co an Liberalisierung, Deregulierung, Entstaatlichung, Homogenisierung nach westlichem Vorbild, einseitiger Produktivitäts- und Wachstumsorientierung sowie Externalisierung von Umweltschäden gerichtet.

Man muss dieses Konzept nicht zwingend „Ethischer Welthandel“² nennen, vielleicht ist das zu dick aufgetragen, denn alles Wirtschaften und der Handel haben immer auch mit realen Interessen, realen Fähigkeiten und realen Bedürfnissen zu tun. Aber offenkundig ist, dass Handelsregeln eben nicht dem „Recht des Stärkeren“ dienen dürfen, sondern auch normative Ansprüche wie Gleichbehandlung, Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit erfüllen müssen. Ein Handelssystem, in dem Spezialisierung bedeutet, dass die einen sich aufs Gewinnen spezialisieren und die anderen aufs Verlieren, kann auf Dauer keine Akzeptanz von den Verlierern erwarten, nicht innerhalb der Staaten (Unten vs. Oben, Arm vs. Reich), nicht zwischen den Staaten (Industrieländer vs. Entwicklungsländer), nicht zwischen den Generationen (Gegenwartsorientierte und Saturierte vs. Zukunftsorientierte und Chancen sowie „Sinn“ Suchende).

In den USA und Europa wehren sich die Organisationen und Aktivisten des fairen Handels denn auch zunehmend gegen beides, die ökonomistisch-wettbewerbszentrierte Ausrichtung der Welt durch die dominierende Welthandelspolitik und ihre Institutionen ebenso wie das Umdefinieren von fairem Handel durch chauvinistisch-imperiale Politik à la Trump. In einer Stellungnahme von „Fair Trade America“ zur aktuellen Handelspolitik etwa heißt es:

„Wir sind eine Bewegung für alle. ... Beim wirklich fairen Handel geht es um wechselseitig vorteilhafte Beziehungen, die in Vertrauen und Respekt wurzeln, über geographische und kulturelle Grenzen hinweg. ... Wir beobachten in jüngster Zeit einen groben Missbrauch der Idee des fairen Handels durch Politiker für eine isolationistische Agenda. Diese Ideen ste-

hen im direkten Widerspruch zu unserem Anspruch auf Gerechtigkeit und Beteiligung.“⁴³

Und anlässlich von Präsident Trumps Besuch im Vereinigten Königreich im Juli 2018, den dieser auch zur Unterstützung der Protagonisten eines harten „Brexit“ um Boris Johnson nutzte, verlautbarte die dortige „Fair Trade“-Bewegung:

„Trumps Verständnis von fairem Handel hat wenig mit dem zu tun, wie wir ihn verstehen. ... Er ist weder ein Anhänger von Arbeitnehmerrechten noch von Klimaschutz. ... Trumps fairer Handel unterminiert den Internationalismus, der dem wirklichen Fair Trade innewohnt. ... Aber Trump steht nicht alleine mit dem Missbrauch des Begriffs. Wenn etwa der britische Handelsminister Liam Fox über Fair Trade spricht, meint er damit die weitere systematische Liberalisierung des Welthandels unter dem Dach der WTO. ... Beide Positionen sind nicht auf der Höhe der Zeit.“⁴⁴

Die Zitate verdeutlichen, dass die bislang geübte Handelspolitik von zwei Seiten kritisiert wird: von solidarisch-ökologischer Seite und von chauvinistisch-egoistischer Seite, man könnte vereinfachend auch sagen: von eher links und von eher rechts. So wie attac lehnt auch Trump TTIP ab, wenngleich aus komplett unterschiedlicher Motivlage. Wollen die einen einen anderen Multilateralismus, will der andere gar keinen. Wollen die einen faire Handelsregeln für alle, will der „Dealmaker“ Regeln, die gut für Amerika sind und sich bilateral vereinbaren lassen.

So sehr man – wie der Verfasser – die dumpfe Ego-Shooter-Rhetorik von Präsident Trump auch ablehnen mag, so sehr muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass nicht nur er eine Abkehr von der grenzenlosen Liberalisierungsagenda der jüngeren Vergangenheit will. Das Gesundbeten des Welthandelssystems, wie wir es kennen, ist nicht überzeugend. Die in der europäischen Politik so beliebte Formulierung, es gehe um die Verteidigung eines „regulierten Handelssystems“ gegen Partikularinteressen, ist eben nur die halbe Wahrheit. Worauf es letztlich ankommt, sind die konkreten Regeln selbst, die von Staaten unter Beteiligung von potenten Interessengruppen der Wirtschaft (also Partikularinteressen) gemacht wurden. Und dass diese Regeln nicht veränderungsbedürftig wären, lässt sich beim besten Willen nicht mehr behaupten.

Ist Handel immer gut für alle?

Zu fragen ist aus einer gesellschaftspolitischen Perspektive nun, welches Maß an Berechtigung die jeweiligen Kritikstränge haben, wie plausibel sie sind, wie sie sich politisch bearbeiten lassen. Bevor dies geschieht, vielleicht ein kurzer Ausflug in die ökonomische Theorie: Warum ist der Freihandel unter den allermeisten Ökonomen so positiv besetzt, warum gilt ihnen seine Maximierung als so ungemein erstrebenswert?

Als Kronzeuge für die allseitige Vorteilhaftigkeit von freiem Handel wird von der Mainstream-Ökonomie gern David Ricardo ins Feld geführt, ein englischer Wirtschaftswissenschaftler, dessen Ideen im frühen 19. Jahrhundert geprägt wurden. Ricardo entwickelte die Theorie der komparativen Kostenvorteile, in der am Beispiel einer Zwei-Staaten- und Zwei-Güter-Welt gezeigt wird, dass Arbeitsteilung, Spezialisierung und Handel am Ende für beide Seiten vorteilhaft sind. Selbst wenn ein Land bei beiden Gütern produktiver ist und sie billiger erzeugen kann, so lohnt es sich doch, eine Spezialisierung auf die Produktion desjenigen Gutes vorzunehmen, bei dem der eigene Produktivitätsvorteil am größten ist. Auf die Produktion des anderen Gutes kann sich dann das zweite (unterlegene) Land spezialisieren, welches so ebenfalls profitiert.

Arbeitsteilung, Spezialisierung und Freihandel sind in diesem Modell per se gut. Sie schaffen größere Wohlfahrtseffekte und Konsummöglichkeiten als es sie in einer Welt ohne diese Faktoren gäbe. Bei den späteren Adepten von Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile wurden durch die Weiterentwicklung der Modelle Präzisierungen der Vorteile herausgearbeitet:

Freier Handel

- ermögliche durch größere Märkte und Produktionsserien („Economies of Scale“) starke Kostendegressionen,
- treibe das Produktivitätswachstum durch schnellere Lerneffekte und stärkere Anreize für Innovationen durch Forschung und Entwicklung („First Mover Advantages“) an,
- beschleunige die Diffusion von Wissen und Technologie,
- erhöhe die Produktvielfalt und schaffe so neue Konsumoptionen,

- verhindere oder erschwere zumindest die Bildung von Monopolen und Oligopolen, weil alle Anbieter dem gleichen Wettbewerbsdruck unterlägen,
- trage zum allgemeinen Frieden zwischen den Ländern bei, weil man da, wo gehandelt werde, im Regelfall nicht schieße.

Und selbst wenn intensiver Freihandel ein Land einmal kalt erwische und einem verschärften Strukturwandel aussetze, so werde es doch früher oder später von den zuvor genannten Effekten selbst profitieren und durch eigene Anstrengung wieder wachsen können. Soweit die Theorie, die von den meisten Ökonomen heute geteilt wird.

Teilplausibilitäten kann diese Theorie durchaus für sich reklamieren. Und in den realen Entwicklungen der letzten 200 Jahre seit Ricardo lassen sich durchaus Belege für ihre Gültigkeit finden. Allerdings muss ihr Allklärungsanspruch angesichts zahlreicher Inkohärenzen und realer Fehlentwicklungen in Vergangenheit und Gegenwart doch stark in Zweifel gezogen werden. Dabei sind folgende Einwände von besonderem Gewicht:

- (1) Schon in der heute dominierenden Weiterentwicklung der Theorie Ricardos durch die Skandinavier Eli Heckscher und Bertil Ohlin, später erweitert durch Paul Samuelson, wird deutlich, dass zwar ein Land als Ganzes von Freihandel profitiert (wenn die Bedingungen der Theorie zutreffen), es innerhalb der Länder aber systematisch Verlierer und Gewinner gibt. Und den Verlierern nützt es wenig, dass sie durch die Gewinner kompensiert werden könnten, solange dies nicht politisch durchgesetzt wird.
- (2) Die entwickelten Industriestaaten, die den Entwicklungs- und Schwellenländern heute eine möglichst vollständige Öffnung ihrer Märkte anempfehlen oder abverlangen, haben ihre jungen Industrien („infant industries“) selbst lange Zeit durch Zölle geschützt und erst dann dem rauen Wind der Konkurrenz ausgesetzt, als sie sicher sein konnten, dass diese robust genug waren, um standhalten und sich bewähren zu können. Heute ließe sich dieses verbreitete Vorgehen der führenden Industriestaaten vielleicht am ehesten als strategi-

sche Handelspolitik bezeichnen: Die bedeutenden Industrien zuhause soweit wie möglich vor unliebsamem Wettbewerb schützen („National Champions“) und sie so gestärkt mit besten Erfolgsaussichten auf die globalen Märkte entlassen, für deren größtmögliche Liberalisierung man mit heiligem Ernst politisch streitet

- (3) Arbeitsteilung, Spezialisierung und Handel in Ricardos Sinne finden heute in der Tat weltweit statt. Sie funktionieren zum Vorteil vieler, aber bei weitem nicht aller. Während die meisten Entwicklungsländer, sofern sie überhaupt am Welthandelsgeschehen partizipieren, auf die Rolle von bloßen Rohstoff- und Agrarproduktlieferanten festgenagelt sind, konzentrieren sich die wertschöpfungsintensiven Industrie- und Dienstleistungsaktivitäten in den hochentwickelten Ländern. Da die sogenannten „Terms of Trade“, die das Verhältnis von Einfuhr- und Ausfuhrpreisen ausdrücken, sich seit langem zu Lasten der rohstoffexportierenden Staaten entwickeln, bleiben viele ärmere Länder in der sogenannten Entwicklungsfalle gefangen. Armutsbekämpfung durch Handel wird so zur Illusion. In den Entwicklungsländern wird durch diese Art des Handels nur eine kleine Wirtschafts- und Politikelite gefördert, die oft nicht das Ganze, sondern vor allem die eigenen Interessen im Auge hat.
- (4) Freihandel funktioniert auf Dauer nur, wenn alle an ihm Beteiligten im langfristigen Mittel eine ausgeglichene Leistungsbilanz aufweisen, Importe und Exporte eines Landes sich also in einem gesunden Verhältnis befinden. Zum Zielkanon deutscher Wirtschaftspolitik gehört neben Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität sowie stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum denn auch das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Wenn einzelne Staaten sich, etwa durch dauerhaft unterhalb des Produktivitätswachstums der eigenen Volkswirtschaft liegende Lohnabschlüsse oder den Rückbau staatlicher Sozialleistungen, Wettbewerbsvorteile verschaffen und so einen anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss erwirtschaften, kann das System nicht für alle funktionieren.
- (5) Dass freier Handel ein ideales Mittel zur Bekämpfung von Monopolen und Oligopo-

len ist, kann heute als Märchen gelten. Man kann von Feld zu Feld schreiten und wird leicht feststellen, dass der grenzenlose Freihandel unserer Tage eher zur Vermachtung von Märkten beiträgt als selbige zu reduzieren. Man kann in der elementaren Lebensmittelbranche anfangen und wird sehen, dass sich im Einzelhandel immer weniger und immer größere Akteure tummeln, die europa- oder weltweit ausgreifen und gegenüber den Lebensmittelproduzenten eine immer größere Verhandlungsmacht gewinnen. Und man kann bei Google, Facebook, Microsoft & Co enden, um zu erkennen, dass der Digitalsektor heute bereits ein demokratiegefährdendes Maß an Konzentration aufweist. Nein, nicht der Freihandel ist es, der Monopolen Grenzen setzen kann. Es sind die Staaten, die dies durch Wettbewerbsrecht und Kartellbekämpfung tun müssen. Und es sind zunehmend die Verbraucherinnen und Verbraucher, die den Monopolen durch Aufmerksamkeit und Kampagnen wehtun können.

- (6) Vor allem aber ist der Handel in seiner heutigen Ausprägung nicht nachhaltig. Weil es vielen Entwicklungsländern (meist durch Standards) verwehrt wird, auf den Industrieländermärkten Fuß zu fassen, betreiben sie oft Raubbau an den eigenen Ressourcen, um Exporterlöse zu erzielen: Katastrophale Umweltschäden durch Bergbau, Ölförderung, Bodenübernutzung oder die Rodung von Primärwäldern sind die Folge und gehen immer zu Lasten der lokalen Bevölkerungen. Umgekehrt werden funktionierende Märkte in Entwicklungsländern durch (zulässige!) Exportsubventionen der Industriestaaten (z.B. für verarbeitete Agrarprodukte) zerstört. Und nicht zuletzt: Weil die Transportpreise nicht die ökologische Wahrheit sagen, Containerschiffe und Frachtflugzeuge nicht angemessen in Systeme der Kohlendioxid-Bepreisung (Emissionshandel oder Ökosteuern) einbezogen werden, kommt es zu einer absurden Vertiefung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung. Statt auf die Schließung regionaler Stoffkreisläufe zu setzen, was aus Nachhaltigkeitsperspektive angemessen wäre, werden durch viel zu niedrige Transportpreise Umweltver-

schmutzung und Ressourcenverschwendung nachgerade stimuliert.

John Maynard Keynes, der vielleicht bedeutendste Ökonom des 20. Jahrhunderts, hat die Grenzen der Globalisierung schon 1933 so präzise beschrieben, dass man seine Sicht noch heute als auf der Höhe der Zeit befindlich zitieren kann:

„Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – das sind Dinge, die ihrer Natur nach international sein sollten, aber lasst Güter in der Heimat herstellen, wenn immer es sinnvoll und praktisch möglich ist, ... Ich bin nicht überzeugt, dass die wirtschaftlichen Erfolge der internationalen Arbeitsteilung heute noch irgendwie mit den früheren vergleichbar sind.“⁴⁵

Sustainable Trade

Die Protagonisten des Freihandels haben es lange Zeit vermocht, nicht zuletzt unter dem Dach der wenig demokratischen und intransparenten WTO, das entsprechende Regelwerk weitgehend vom Einfluss derjenigen freizuhalten, die sich – wenn auch aus unterschiedlichen Motiven – nicht an dem Leitbild „Abbau von möglichst allen Handelsschranken“ orientieren wollten. Lange Zeit wurde politisch akzeptiert, dass „handelsfremde“ Aspekte wie Umwelt- und Sozialstandards oder regionale und kulturelle Spezifika in Handelsregimen nichts zu suchen haben. Wer es dennoch wagte, Vorbehalte anzumelden, musste bis vor kurzem mit dem Verdikt „Freihandelsfeind“, „Protektionist“ oder gar „Fortschrittsverweigerer“ rechnen. Das ist jetzt vorbei. Schon bei den öffentlichen Diskussionen rund um TTIP im Herbst 2016 hat diese Argumentationsfigur sich erschöpft. Viele glauben sie schlicht nicht mehr.

Heute fallen die Argumente von Klimaschützern, globalisierungs- und finanzmarktkritischen Organisationen, Nord-Süd-Initiativen, Gewerkschaften und nachhaltig orientierten Unternehmen auf viel fruchtbareren Boden als noch vor wenigen Jahren. Hatte es selbst in den vielgepriesenen „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen von 2015 noch völlig undifferenziert geheiß, Handelsliberalisierung trage zu inklusivem Wachstum, Armutsbekämpfung und nachhal-

tiger Entwicklung bei,⁶ hat nun ausgerechnet die krasse und erratische Freihandelskritik von Trump inklusive der Betonung des „fairen Handels“ dazu geführt, dass wieder ernsthaft und realistisch über die Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken des Austausches von Waren und Dienstleistungen gesprochen wird.⁷

Es gehört wohl zu den tragischen Paradoxien unserer Zeit, dass ausgerechnet ein Irrlicht wie Trump die Demokratien und ihre Zivilgesellschaften dazu zwingt, sich die Frage vorzulegen: In welcher (Welt-) Gesellschaft wollen wir leben? Welche Werte wollen wir, nicht nur, aber auch in Wirtschafts- und Handelsfragen?

Dieses Momentum gilt es jetzt zu nutzen und in konstruktive Ergebnisse zu überführen, die nicht nur für die Starken, sondern für alle gut sind. Es geht eben nicht nur um ein Nein zu Trump und seiner kruden Eigennutzphilosophie, sondern auch um die Entwicklung eines wirklich nachhaltigen und fairen Welt-handelssystems.

Der Lackmустest: Handelskooperation der EU mit Afrika

Der Europäischen Union bietet sich nun die einmalige Chance, zu beweisen, dass sie es – anders als Präsident Trump – mit Handelsfairness und Nachhaltigkeit wirklich ernst meint. Die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA: Economic Partnership Agreements) mit unserem Nachbarkontinent Afrika bzw. seinen Staaten könnten sich dabei als Lackmустest für Europas Glaubwürdigkeit erweisen.

Bislang verfolgt die EU bei den Freihandelsabkommen mit den 78 AKP-Staaten (überwiegend ehemalige Kolonien in Afrika) einen rabiatischen Kurs der Eigennutzorientierung und Markterschließung: Die afrikanischen Staaten werden massiv unter Druck gesetzt, ihre Märkte weitgehend zu öffnen und Handelsschranken abzubauen. Insgesamt sollen im Rahmen der EPAs die Zölle von über 80 Prozent der Ausfuhren von Europa nach Afrika abgeschafft werden, so dass die entsprechenden Zolleinnahmen wegfallen.

Gar keine Zölle sollen auf (im Regelfall von Afrika nach Europa exportierte) Rohstoffe

wie Öl, Gas, Kohle, Edelmetalle, seltene Erden, Rundhölzer, Kakao, Baumwolle und Palmöl erhoben werden dürfen. Gleiches soll für (im Regelfall von Europa nach Afrika exportierte) Güter wie Kohlekraftwerke, Abfallprodukte, Produkte der Verpackungsindustrie, Düngemittel, genmanipuliertes Saatgut, Pestizide, chemische und pharmazeutische Produkte und verarbeitete Lebensmittel gelten. Die Liste (Anhang A der EPAs) liest sich wie eine Anleitung zur dauerhaften Zementierung gegebener Austauschstrukturen: Afrika soll an Europa Rohstoffe liefern und von Europa hochwertige Industrieprodukte (und Abfälle) beziehen.⁸

Zwar wird den afrikanischen Staaten theoretisch für alle Güter zollfreier Zugang zum EU-Markt gewährt, aber weil echte Kooperation beim Umbau der afrikanischen Volkswirtschaften in Richtung höherer Fertigungstiefen und höherer lokaler Wertschöpfung bislang unterbleibt und überdies EU-Standards den Marktzutritt für afrikanische Unternehmen erschweren, können sie davon kaum profitieren. Ein Übriges tun die Agrarexportsubventionen Europas, die viele Staaten Afrikas trotz ihres natürlichen Reichtums in der Rolle von Nahrungsmittelimporteuren gefangen halten.

Die Einschätzung von EU-Handelskommissarin Malmström, die EPAs sorgten für Nachhaltigkeit, Wachstum, Wirtschaftsintegration und Armutsbekämpfung, kommt vielen afrikanischen Wissenschaftlern und Politikern wie blanker Hohn vor.⁹ Kein Wunder, dass China von vielen afrikanischen Staaten mittlerweile als attraktiverer Handelspartner gesehen wird, obwohl auch die Chinesen es vor allem auf die Rohstoffe Afrikas abgesehen haben. Immerhin, so hört man oft in afrikanischen Hauptstädten, geben sie Kredite und investieren in den Ausbau von Infrastrukturen,¹⁰ auch wenn das aus einer Perspektive des Klimaschutzes eine alles andere als positive Entwicklung ist.

Die EU muss sich schnellstmöglich von der Philosophie, die den EPAs zugrunde liegt, verabschieden. Sie ist eine Fortschreibung des Kolonialismus mit anderen Mitteln, wenn auch mit freundlichem Gesicht und warmen Worten. Sie ist weder nachhaltig noch fair. Es reicht nicht aus, wenn Kanzlerin Merkel zum Zwecke der Migrationsbekämpfung verstärkte Reisediplomatie nach Nord- und Westafrika entfaltet und Entwicklungsminister Müller

bedeutungsschwer von einem „Marshall-Plan mit Afrika“ schwärmt.¹¹

Es geht um viel mehr: Begegnung auf Augenhöhe, fairer Handel unter Gleichen, Abschaffung der offenen und verdeckten EU-Subventionen für Agrarexporte, selektive Marköffnung für afrikanische Produkte mit höherer Fertigungstiefe, Förderung regionaler Wertschöpfungsstrategien durch echte Zusammenarbeit bei der Entwicklung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen in Afrika statt paternalistischer, aber letztlich wirkungsloser Entwicklungshilfe, Partnerschaften beim Aufbau einer wirklich zukunftsfähigen Infrastruktur: Sonnen- und Windenergie statt Kohle und Öl, Eisenbahnen und Elektromobilität statt Automobilfixierung und Verbrennungsmotoren, Kreislaufwirtschaft statt Plastikultur, organischer Landbau und nachhaltige Forstwirtschaft statt industrialisierter Landwirtschaft und Raubbau an den Wäldern, nachhaltiger Tourismus statt Wildtierexporte. Die Liste ließe sich leicht fortsetzen.

Wird eine Abkehr von der EPA-Philosophie nicht vollzogen, sollte sich niemand darüber wundern, wenn immer mehr junge Afrikanerinnen und Afrikaner nach Europa aufbrechen, dorthin, wo aus „ihren“ Rohstoffen Wohlstand generiert wird, an dem sie teilhaben wollen.

Europa kann es schaffen, ein wirklich partnerschaftliches Verhältnis, auch Handelsverhältnis, zu seinem Nachbarkontinent Afrika zu entwickeln, auch wenn das großer Anstrengungen bedarf. Dann könnte auch einem stets um den eigenen Vorteil kreisenden Ego manen wie Donald Trump moralisch mit ganz anderer Autorität und Glaubwürdigkeit begegnet werden.

Anmerkungen

1 http://www.forum-fairer-handel.de/fileadmin/user_upload/dateien/publikationen/materialien_des_ffh/2018_gesellschaftliche-transformation-durch-fairen-handel_tagungsband.pdf (Zugriff am 10.10.2018)

- 2 Felber, Christian, *Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO & Co*, Deuticke, Wien 2017
- 3 <http://fairtradeamerica.org/Media-Center/Blog/2017/February/Fairtrade-A-Movement-for-All> (Zugriff am 10.10.2018, Übersetzung R.L.)
- 4 <https://www.fairtrade.org.uk/Media-Centre/Blog/2018/July/What-Trump-Means-by-Free-and-Fair-Trade> (Zugriff am 10.10.2018, Übersetzung R.L.)
- 5 Keynes, John Maynard, *National self-sufficiency*, in: *Collected Writings* 21: 233-246
- 6 <https://unctad.org/en/Pages/DITC/Trade-Analysis/TAB-Trade-and-SDGs.aspx> (Zugriff am 11.10.2018, Übersetzung von R.L.)
- 7 Hierzu sehr fundiert: Wade, Robert H., *Is Trump wrong on trade? A partial defense based on production and employment*, in: *Real-World Economics Review* 79: 43-63
- 8 Für eine fundierte Kritik an den EPAs siehe: <https://www.glsbankstiftung.de/besucherinnen/geldgipfel/geldgipfel-2016/redemanuskripte/nora-bauer/> (Zugriff am 11.12.2018)
- 9 <https://www.euractiv.de/section/entwicklungspolitik/news/umstrittenes-eu-freihandelsabkommen-mit-afrika-in-kraft/> (Zugriff am 11.12.2018)
- 10 <https://www.sueddeutsche.de/politik/china-afrika-treffen-ein-gipfel-fuer-milliarden-1.4114894> (Zugriff am 11.12.2018)
- 11 Für die aktuelle und kritische Begleitung der deutschen Afrikapolitik gibt es m.E. keine bessere Quelle als den Blog des Afrikanisten Robert Kappel: <https://graensengrenzen.wordpress.com/>